

Pressedienst
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Osnabrück
Bierstr. 28
49074 Osnabrück
Tel.: 0541 / 323-3130



PRESSEMITTEILUNG vom 18.03.2021

Initiative für mehr Schutz für Frauen erfolgreich

GRÜNE: „Zunahme von Gewalt darf nicht hingenommen werden“

Die GRÜNE Ratsfraktion setzt sich für mehr Schutz von Frauen in Osnabrück ein. Im Corona-Pandemiejahr 2020 sei die Zahl gewaltbetroffener Frauen stetig gestiegen. Über 500 Frauen, die von physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt betroffen waren, hatten nach Angaben der Frauenberatungsstelle dort Hilfe gesucht. Gleichzeitig hätte das Frauenhaus über 250 Frauen und Kinder wegen Platzmangels abweisen müssen. „Der steigenden Gewalt gegen Frauen wollen wir nicht tatenlos zusehen. Hier muss schnell etwas zum Schutz der Frauen passieren“, erklärt die frauen- und gleichstellungspolitische Sprecherin der GRÜNEN Ratsfraktion, Diana Häs.

Die Lage in Niedersachsen zeige, dass Gewalt gegen Frauen generell zugenommen hat. So seien 7% mehr Straftaten im Bereich häuslicher Gewalt registriert worden. Zudem sei davon auszugehen, dass die tatsächlichen Zahlen noch viel höher sind. Nach Auskunft der Frauenberatungsstelle müssen jeden Monat durchschnittlich sechs Frauen in unserer Region um ihr Leben fürchten. „Es ist endlich an der Zeit, Gewalt gegen Frauen als Problem in unserer Stadt vermehrt in den Fokus zu rücken und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzugehen. Die Zahlen sind alarmierend!“ sagt die sozialpolitische Sprecherin und Vorsitzende des Sozialausschusses, Anke Jacobsen.

Nach Auffassung der GRÜNEN habe Osnabrück ein gutes Netz von Einrichtungen und Hilfsangeboten, z.B. das Frauenhaus, die Frauenberatungsstelle, das Mädchenzentrum und das Mädchenhaus. Aber die seien zunehmend belastet und von daher gäbe es Lücken, die es zu schließen gelte. Die Herausforderungen der Corona-Pandemie seien für alle immens. Soziale Mechanismen und Kontrollen fehlten, Kontaktbeschränkungen stellten ein großes Problem dar. Gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder könnten nicht kurzfristig bei Freund*innen übernachten. Homeoffice und Homeschooling führten ebenfalls dazu, dass

manche Frauen und Kinder der Gewaltsituation nicht entkommen können. Deshalb brauchten Frauen mehr Schutz sowohl im privaten, aber auch im öffentlichen Raum, in dem Belästigungen von Frauen an der Tagesordnung sind. „Es kann auch nicht akzeptiert werden, dass Frauen in der Stadt ungewollt angefasst oder durch Exhibitionisten belästigt werden,“ so Häs weiter.

Damit die Verwaltung zusätzliche Maßnahmen zum Schutz der Frauen und Kinder entwickelt, hat die GRÜNE Ratsfraktion einen entsprechenden Antrag im Stadtrat auf den Weg gebracht, dem sich alle Fraktionen angeschlossen haben und der in der letzten Ratssitzung einstimmig beschlossen wurde. „Wir begrüßen, dass alle Ratsfraktionen sich hinter dem Antrag versammeln konnten, denn die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, bemerken die beiden GRÜNEN Ratsfrauen abschließend.